Nr. 45 2. Ausgabe

Sonntag, 15. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13867, 17103. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 62 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Listen- oder Ziffernsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.70, vierteljährlich M. 8.25. Bestellung in Deutschland: Monatlich M. 2.70, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Bestellung im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Absage an die Revanche-Politiker?

Wenngleich wir immer wieder die Warnung erneuern müssen, in naher Zeit etwa aus irgendwelchen Streitigkeiten der Ententegenossen nicht irgend etwas für Deutschland Günstiges von Bedeutung zu erhoffen, scheint doch die neueste Meldung über die Londoner Konferenz zu bestätigen, daß Lloyd George und seine Parteigänger das alte clemenceauistische Racheprogramm kaum werden durchsetzen können. Der Widerstand jenseits des Aermelkanals wird offensichtlich stärker, und — wenn die Pariser Blätter diese Tatsache nicht absichtlich übertreiben, um Generalerklärungen aus London herauszuholen, dann hat sich

die Londoner Konferenz für die deutschen Forderungen

in der Auslieferungsfrage erklärt:

☞ **Basel, 14. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **Nach Meldungen der Pariser Morgenblätter ist auf der Londoner Konferenz den deutschen Forderungen in der Auslieferungsfrage vollständig entsprochen worden. Die Verbündeten nahmen den deutschen Standpunkt an, daß die Deutschen ihre Offiziere nicht auszuliefern brauchten, diese vielmehr vor dem Reichsgericht in Leipzig zu erscheinen haben. Auf die Auslieferung des Kaisers wolle man verzichten, dagegen werde seine Internierung auf einer holländischen Insel (Java?) verlangt. Wie die „Pressinformation" aus London erfährt, hat Millerand der englischen Regierung mitgeteilt, daß im Falle der Nichtauslieferung der angeforderten Deutschen strenge Maßnahmen ergriffen werden müßten. Er habe für diesen Fall die Einstellung des Rücktransports der Kriegsgefangenen sowie die Sperrung der Lebensmittelzufuhr und eine strenge Absperrung zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland in Vorschlag gebracht. Wie versichert wird, hat die englische Regierung erklärt, diese Vorschläge nicht in Erwägung zu ziehen, da sie das Prestige der Entente in der Welt herabzumindern geeignet wären.**

☞ **Basel, 14. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **Die meisten Mitglieder des englischen Generalstabs, insbesondere die bekannten Heerführer während des Krieges, darunter Marschall Haig, French und Admiral Beatty, haben sich, wie aus London berichtet wird, gegen die Auslieferung der verlangten Armeeführer ausgesprochen, da sie eine solche mit der soldatischen Ehre für unvereinbar halten.**

Nach einer uns weiter vorliegenden Berliner Meldung wollen die Alliierten in der Note, die an Deutschland abgesandt werden soll, nach einer Mitteilung Millerands an die französischen Pressevertreter besonders die Bemerkung hinzufügen, daß ein Entgegenkommen in der Auslieferungsfrage Deutschland nicht zur Annahme verleiten dürfe, als ob bezüglich der andern Bestimmungen des Versailler Vertrages Zugeständnisse gemacht werden würden. Millerand wiederholt ferner, daß eine Weigerung Deutschlands, die von Frankreich geforderten Kohlenmengen zu liefern, dieses veranlassen würde, die Besetzung des linken Rheinufers zu verlängern. Eine Zustimmung Englands zu dieser Maßregel bekam Millerand allerdings auch nicht.

Auch aus italienischen Kreisen wird der Agentur Havas gemeldet, daß die Londoner Konferenz beschlossen habe, die Schuldigen unter Kontrolle der Alliierten in Leipzig aburteilen zu lassen. Sie würden also auf die Auslieferung verzichten und den von den Deutschen am 25. Januar gemachten Vorschlag mit einigen Abänderungen annehmen.

Nach alledem kann man — Enttäuschungen sind nicht auszuschließen! — doch damit rechnen, daß die Revanche-Politiker in Paris und London ihren eigentlichen Racheplan wohl nicht werden durchführen können. Aber auch wenn die Auslieferung vermieden wird, ist kein Grund zum Jubel. Denn es kommt den Leuten, die den Krieg nach dem Frieden gegen das wehrlose deutsche Volk weiterführen, vor allem darauf an, neues Hetzmaterial für eine neue Auflage der Greuelpropaganda herbeizuschaffen. Das kann man zur Not auch in Leipzig machen. Man braucht nur an die „freie" Abstimmung in den besetzten Gebieten zu denken und wie man auf dem linken Rheinufer die „Gerechtigkeit walten läßt" und kann sich danach leicht vorstellen, wie sich die Leute im Schatten Clemenceaus ihre Mitwirkung in Leipzig denken. Von Gerechtigkeit kann nur die Rede sein, wenn auch die Baralong-Leute, die Karlsruher Kindermörder, die furchtbaren Vergehen an unschuldigen Menschen in harmlosen deutschen Städten ohne jeden militärischen Charakter weit hinter der Front und der Etappe, wenn grundsätzlich auch alle Feinde, die wir anzuklagen haben, vor ein Gericht gezogen werden, das ein ehrliches, sauberes Rechtsverfahren gewährleistet.

Davon ist aber noch kein Wort gesprochen worden. Aus von der Londoner Konferenz her vernimmt man nichts dergleichen. Und so werden wir weiter trügerischen Hoffnungen am besten entsagen, wenn wir geschlossen bleiben im Widerstand gegen die Ränke des Auslieferungsverfahrens. Man sollte gewiß nicht so optimistisch sein wie Freiherr v. Persner, der im „Berliner Lokalanzeiger" eine „Erklärung abgibt über das, was wir von der Entente zu fürchten hätten, und meint, daß es seit dem 10. Januar ausgeschlossen sei, daß die Entente auch nur einen Fuß breit deutschen Landes betrete. Persner hält für die Dauer des Friedenszustandes eine Besetzung deutschen Landes für unmöglich und glaubt auch nicht, daß Frankreich und die Alliierten in absehbarer Zeit den Frieden durch eine neue Kriegserklärung brechen könnten. — Manches spricht gewiß für diese Meinung, aber niemand vermag zu sagen, ob das Londoner Kabinett einem ins Ruhrgebiet vordringenden Foch oder Pétain den Weg verlegen würde, wenn's darauf ankommt.

Wir sehen aber jedenfalls gesehen, daß die kaum durch ein paar Mißtöne getrübte Einstimmigkeit des deutschen Volkes in dieser so unendlich viel bedeutenden Frage ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Die aber darf weder durch Befürchtungen vor Zwangsmaßnahmen noch durch falsche Hoffnungen geschwächt werden. Um so besser, wenn man in London zur Einsicht kommt und — der Einsicht den Weg frei macht.

Auslieferung oder Deportation?

* **Haag, 14. Februar.** Die Entente-Note an Holland läßt angeblich Holland die Wahl, den Kaiser auszuliefern oder ihm einen Wohnsitz in Holländisch-Indien anzuweisen. In hiesigen politischen Kreisen wird dazu bemerkt, daß die holländische Verfassung eine derartige Maßnahme nicht zulasse.

*

Pariser Stimmungen

* **Basel, 14. Februar.** Wie das Pariser „Journal" wissen will, hat bereits eine große Zahl der von Deutschland auszuliefernden Kriegsschuldigen Deutschland verlassen und sich nach der Schweiz und Holland begeben, von wo sie nicht ausgeliefert werden. Der Berliner Vertreter der „Daily Mail" berichtet, die Soldaten der Entente-Kommissionen in Berlin seien angewiesen worden, angesichts der gereizten Stimmung der Bevölkerung nunmehr in Zivil auszugehen.

*

Lärmszenen in Freiburg

+ **Freiburg, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Einen stürmischen Verlauf nahm gestern in Freiburg eine Protestkundgebung gegen das Auslieferungsbegehren der Entente. Nachdem einige Kommunisten die Redner, die gegen die Auslieferung sprachen, immer wieder durch Zwischenrufe zu stören versucht hatten, kam es schließlich zu Tumultszenen, die zu einer wüsten Schlägerei ausarteten, wobei die Versammelten mit Stühlen und Stöcken aufeinander losgingen. Nachdem einige der Radaumacher an die Luft gesetzt waren, erhielt ein Kommunist das Wort, wurde aber von der Versammlung niedergeschrien. Die Versammlung nahm darauf einen ruhigen Verlauf. Es wurde eine Kundgebung gegen das Auslieferungsbegehren beschlossen.

Zur Auslieferung unsrer Handelsflotte

+ **Berlin, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Zu der Note über die Auslieferung der Handelsflotte erfahren wir, daß vor einigen Tagen von der Wiedergutmachungs-Kommission der deutschen Kriegsflotten-Kommission eine umfangreiche Note über die Ausführung der Anlage 3 zu Artikel 236 des Friedensvertrages übergeben worden ist. In dem § 1 dieser Anlage wird bekanntlich zum Ausdruck gebracht, daß für alle versenkten Handelsschiffe Ersatz für Tonne um Tonne und Klasse um Klasse zu leisten ist, daß ferner hin die Hälfte der Handelsschiffe von 1000 bis 1600 Tonnen und ein Viertel der Fischdampfer und Fischereifahrzeuge auszuliefern ist. In der Note der Wiedergutmachungs-Kommission werden nun bestimmte Vorschläge zur Ausführung dieser Bestimmungen gemacht. Weiter wird von der Wiedergutmachungs-Kommission statistisches Material verlangt. Von deutscher Seite ist bereits eine Kommission zu Verhandlungen ernannt worden. Die Verhandlungen werden sich auf die Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages erstrecken, sowie darauf, daß eine erträgliche Form zur Ausführung gefunden werden soll. Von einer Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte, wie zuerst angenommen wurde, kann nicht gesprochen werden. Es handelt sich lediglich um die im Friedensvertrag festgelegten Bedingungen.

Die Franzosen in Oberschlesien

+ **Berlin, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Zustände in Oberschlesien wird mitgeteilt, daß sich grobe Unzuträglichkeiten dadurch herausgestellt haben, daß die Grenze nach Polen von den Franzosen nicht in genügender Weise geschlossen ist. Es kommen dauernd polnische Legionäre über die Grenze, die im Verein mit den Franzosen alle Waren Oberschlesiens aufkaufen. Für Butter wird von französischen Soldaten 50 Mark für das Pfund gezahlt.

*

Nachklänge zur Abstimmung

+ **Berlin, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) In dänischen Blättern ist behauptet worden, daß die deutsche Majorität in den Städten der ersten Abstimmungszone in der Nordmark nur dadurch erreicht worden sei, daß die Zugereisten sich an der Abstimmung beteiligt hätten. Wie nunmehr festgestellt worden ist, wäre diese Mehrheit auch erreicht worden ohne die Stimmen der Zugereisten, auf Grund der Stimmenabgabe der dort ansässigen Bevölkerung.

+ **Hadersleben, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) **In der ersten Zone haben vier Städte und 29 Landgemeinden deutsche Mehrheit erhalten.**

Die Rückkehr aus Frankreich

In Münsterlager trafen 1040 aus Frankreich Heimkehrende ein. Sie kommen aus den Lagern Nouvray und Carsenz. Der Transport setzt sich aus Teilen der 422. und 266. französischen Gefangenenkompagnie zusammen und wurde Mittwoch in Chaulnes verladen. Die Heimkehrenden waren über den Empfang in Deutschland sehr erfreut. Der Abtransport in Sonderzügen in die engere Heimat ist für den 16. Februar in Aussicht genommen.

Chamberlain zur Finanzlage

Reuter meldet: Bei der Adreßdebatte im Unterhause erklärte Chamberlain bei Besprechung der Finanzlage: Seiner Ansicht nach habe jetzt die Regierung mit dem Borgen Schluß gemacht, und die nationale Schuld würde jetzt vermindert werden. Er erwarte, daß das Finanzjahr besser abschließen werden, als er vorausgesagt habe. Die Aussichten seien gut. Es bestehe aber Grund zur Vorsicht, aber zu einer Panik sei nicht der mindeste Anlaß vorhanden. Die Größe des Erfolges der britischen Bemühungen hänge jedoch von der Klugheit ab, mit der andre Völker als das britische ihre Angelegenheiten in dieser schwierigen Zeit führten. Die Adresse wurde angenommen.

Die Lausa

☞ **Genf, 14. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsmark ist gestern in Genf auf 3 Centimes und die österreichische Krone auf ¼ Centima zurückgegangen.

Die Verhandlungen mit der Schweiz

☞ **Zürich, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Neue Zürcher Zeitung" erfährt, dürfte in etwa vierzehn Tagen eine deutsche Abordnung in Bern eintreffen, um die im Dezember abgebrochenen Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz wiederaufzunehmen. Die Anregung zu diesen neuen Verhandlungen sollen von deutscher Seite ausgehen.

Ein Vollzugsbureau der kommunistischen Internationale

× **Amsterdam, 14. Februar.** Wie das „Allgem. Handelsbl." meldet, hat in der ersten Hälfte d. M. in Amsterdam eine geheime internationale Kommunistenkonferenz stattgefunden. Die russische Sowjetregierung hat dem auf der Konferenz zustande gekommenen Vollzugsbureau der dritten Internationale Diamanten, Perlen und andre Edelsteine im Werte von 30 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß es Aufgabe des Amsterdamer Bureaus sei, jeden Streik und jede Bewegung, die einen revolutionären Charakter hat, zu unterstützen. In Nordamerika, Asien, Spanien und Mexiko werden Zweigbureaus errichtet. Alle drei Monate werden die an die dritte Internationale angeschlossenen Länder einen Delegierten nach dem niederländischen Bureau entsenden. Auf der Konferenz wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Internationale kommunistische Partei ersucht werden soll, die Führung der Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen.

*

Eine Einigung mit Sowjet-Rußland

☞ **Kopenhagen, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Ritzaus Bureau erfährt, daß zwischen der russischen Sowjetregierung und der britischen Regierung in der Frage des Gefangenenaustausches auf der Kopenhagener Konferenz eine Uebereinkunft erzielt worden sei. Reuters Korrespondent in Kopenhagen teilt mit, daß Orlowski die Uebereinkunft am Sonnabend nachmittag unterschrieben habe.

Die Völkerbund-Konferenz in London

× **Amsterdam, 14. Februar.** „Telegraaf" meldet aus London vom 13. d. M.:

Der Völkerbund beschloß in öffentlicher Sitzung, eine internationale Konferenz zur Besprechung der Finanzkrisis einzuberufen, um die Mittel zu ersinnen, diese Krisis zu lösen und die gefährlichen Folgen der Krisis zu mildern. Außerdem stellte der Rat eine Liste von 12 internationalen Juristen auf, die aufgefordert werden sollen, ein Komitee zu bilden, das Pläne für einen internationalen Gerichtshof ausarbeiten soll. Die nächste Zusammenkunft des Völkerbundrates wird zu einem noch näher festzulegenden Zeitpunkte in Rom stattfinden.

Das britische Mitglied des Völkerbundes erstattete ausführlich Bericht über die Saarbecken-Frage. Der Rat beschloß, daß das Saarbecken von einer Kommission von fünf Mitgliedern verwaltet werden soll. Für diese Kommission wurden folgende Personen bestimmt: der französische Staatsrat Rault, Vorsitzender der Kommission wird sein Landrat Alfred von Koch, ferner der belgische Major Lamert und der Däne Graf Hultfeldt.

Auf den Bericht Hymans über den Status von Danzig beschloß der Rat, Sir Reginald Tower zum Oberkommissar für Danzig zu ernennen und nach Beratung mit den Vertretern von Danzig eine Verfassung für diese Stadt dem Völkerbunde vorzulegen. Das spanische Mitglied des Rates erstattete Bericht über Verkehrsfragen, das brasilianische Mitglied über Gesundheitsfragen. Auf den Bericht des japanischen Mitgliedes hin wurde beschlossen, die polnischen Rassen-, Sprach- und Glaubensminderheiten unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen.

Balfour erstattete Bericht über die Frage der Neutralität der Schweiz und ihren Beitritt zum Völkerbunde. In einer Entschließung betont der Völkerbundrat die ganze besondere Stellung der Schweiz und drückte die Erwartung aus, daß das schweizerische Volk nicht neutral bleiben werde, wenn die hohen Grundsätze des Bundes verteidigt werden müßten. Da die Schweiz die Pflichten anerkenne, welche die Mitgliedschaft des Bundes auferlege, und sich bereit erkläre, ihr eigenes Gebiet zu verteidigen und keine fremden Truppen durch ihr Gebiet ziehen zu lassen, erkenne der Völkerbundrat an, daß die dauernde Neutralität der Schweiz gerechtfertigt und daher mit dem Standpunkt des Völkerbundes vereinbar sei. Die Schweiz kann infolgedessen unter Beibehaltung ihrer dauernden Neutralität dem Völkerbunde beitreten.

*

☞ **Paris, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Die Völkerbundkonferenz beendigte gestern in London ihre Beratungen. Die nächste Versammlung des Völkerbundes soll im März in Rom stattfinden.

*

Eine Aufgabe für den Völkerbund

Laut „Nieuwe Courant" meldet der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian", die erste Tat des Völkerbundes werde wahrscheinlich sein, den internationalen Ausschuß zur Prüfung des freien Durchfuhrhandels, der seinen Sitz in Paris habe, aufzufordern, so bald wie möglich Vorschläge für eine Organisation des Durchfuhrhandels einzureichen. Pläne für internationale Abkommen auf dem Gebiete des Durchfuhrverkehrs auf den Wasserstraßen und Eisenbahnen würden dem Bunde vorgelegt werden.

Französische Kolonialkämpfe

☞ **Basel, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Wie „Echo de Paris" aus Tanger meldet, haben sich mehrere Eingeborenenstämme gegen die Franzosen erhoben. Es kam wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Eingeborenenkolonnen und französischen Truppen. Die Bewegung in Marokko wird für sehr ernst angesehen. Der Gouverneur hat sofort um die Entsendung von vier französischen Kriegsschiffen und mehreren Regimentern nachgesucht.

Hafenarbeiterstreik in London

× **Amsterdam, 14. Februar.** Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß dort heute nachmittag der Hafenarbeiterstreik beginnen soll.

Die Aufteilung des Orients

Die „Times", „Daily Telegraph" und „Morning Post" bringen Konstantinopeler Berichte, deren Zweck es ist, die großen britischen Interessen am Goldenen Horn klarzustellen. Es ergibt sich aus einem Bericht des „Daily Telegraph", daß sich in Stambul allmählich eine starke Annäherung an die englische Verwaltung und Militärintendantur entwickelt hat, während man zu den Franzosen kühler steht. Da sich die auf der Londoner Konferenz vertretenen drei Mächte, nämlich England, Frankreich, Italien, hauptsächlich mit der Orient-Frage befassen werden, so ist auch die Erörterung des „Problems von Konstantinopel" mit Bestimmtheit zu erwarten. Von englischer Seite wird mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit betont gemacht, daß die einstige Hauptstadt des ottomanischen Reiches im „Machtbereich Englands" liegen müsse, wie „Daily Telegraph" meint. Die Pariser Regierungspresse wird von der konservativen „Morning Post" angegriffen, weil sie die Interessen Englands und Frankreichs in Stambul als gleichwertig bezeichnet. Damit könne sich die einflußreiche konservative Presse Englands nicht einverstanden erklären. Das englische Blatt verweist auf die zunehmenden nationalistischen Strömungen, die, von Kleinasien ausgehend, sich immer stärker gegen Indien hin ausbreiten und die Festigkeit des britischen Imperiums antasten. Konstantinopel, als bleibender Brennpunkt des Islam, müsse britischem Einflusse unterstehen, die Stadt am Goldenen Horn eine Art Vorposten für England sein, von wo aus die Völker Persiens, Afghanistans, Britisch-Indiens besser beobachtet werden könnten. Diese verstärkte Stellung Englands in Konstantinopel hält man für um so wichtiger, da die Anstrengungen Lord Milners in Aegypten fehlschlugen, wahrscheinlich infolge der geheimen Beeinflussung der ägyptischen Nationalisten durch Konstantinopeler Drahtzieher". So vermutet wenigstens „Morning Post"....

Das Gegenstück zu dem „Problem von Konstantinopel" bildet Smyrna. Hier erhebt auch Italien wesentliche Ansprüche, und auch Griechenland ist daneben an der Zukunft Smyrnas stark beteiligt. Man wünscht aber in französischen Regierungskreisen keine Internationalisierung dieses wichtigsten kleinasiatischen Hafens, eher würde man einen Teil der französischen Interessen in Konstantinopel opfern. Italien wünscht in diesem Hafen einige Konzessionen, die jedoch Frankreich nur im Rahmen der französischen Vormachtstellung gewähren will, während Griechenland die Internationalisierung Smyrnas vorzieht. Venizelos steht auf der Seite der Londoner Diplomaten.

Im engen Zusammenhang mit der künftigen „Verfassung", die dem Wilajet von Smyrna zugedacht ist, steht die Frage, wie Italien in Kleinasien betrieben werden soll. Die Angelegenheit ist zwar in einem während des Krieges zustandegekommenen Ergänzungsvertrage (zum Londoner Pakte) angeschnitten worden, besitzt aber — infolge der Austeilung des kleinasiatischen Gebietes — keinen festen Boden mehr. Italien wünscht, nach den letzten Londoner Berichten, eine Ausdehnung seiner Einflußsphäre im Hafengebiete von Adana und Konzessionen in Alexandrette, das französisch werden soll. Außerdem soll von Italien angeregt worden sein, Teilabstimmungen unter der Bevölkerung abhalten zu lassen. Ein Vorschlag, der von Frankreich bereits abgelehnt wurde, von England aber noch einmal, in verbesserter Form, bei den Londoner Besprechungen zur Sprache gebracht werden soll. Bei der Untersuchung der Grenzfragen wird auch, nach einem Berichte der „Times", die Angelegenheit des Waffenschmuggels von einem Mandatsgebiete ins andre erregt werden müssen. Die französische Militärobrigkeit legt darauf das größte Gewicht. Mit einem „Beruhigungsfeldzuge" im syrischen und im libanesischen Gebiete beschäftigt, will die französische Regierung den Waffenschmuggel, der in den marokkanischen Kämpfen sehr unangenehm empfunden wurde, unterbinden. Es soll eine Dreierkonvention zustandekommen, damit der in Marokko (unter dem ersten Kabinette Clemenceau) berühmt und wegen seiner Grausamkeit berüchtigte General Franchet d'Esperey — der Besieger Bulgariens — in Syrien nach Wunsch arbeiten könne. Gowrand wird diesem „schneidigen Militär" Platz machen ...

Die Londoner Konferenzen werden in die Beziehungen der drei Mächte Klärung bringen. Da auch die Adria-Frage und die Politik gegen Rußland erörtert werden soll, so ist zu erwarten, daß sich, nach Ablauf der Londoner Konferenz, auch ein geschlossenes Vorgehen der drei Mächte in allen aus dem Versailler Vertrage sich ergebenden Durchführungsbestimmungen ergeben wird.

*

Englische Orientsorgen

☞ **Amsterdam, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Aus Lord Curzons Ausführungen über die Orientfrage ist vor allem die Entschiedenheit hervorzuheben, mit der er Englands Festhalten an Bagdad betonte und daß er weiter sagte, er, der sich seit 20 bis 30 Jahren mit dem Problem des Ostens beschäftige, wolle freimütig zugeben, daß er mit tiefer Besorgnis auf die gegenwärtige Lage blicke, gleichwohl, ob man den Zustand in Aegypten, Palästina, Armenien oder Afghanistan betrachte. Als ehemaliger Vizekönig von Indien empfindet Curzon die Sorge um die Entwicklung im Orient besonders schwer. Er gilt als der hervorragendste Kenner der Orientpolitik in England und sein Pessimismus ist sicherlich wohlbegründet.

Gewehre gegen Lebensmittel

* **Wien, 14. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) **In Wien wurden am Nordwestbahnhof unter Aufsicht von drei Offizieren der polnischen Legion über 11 000 Gewehre verladen. Es wurde erklärt, daß diese Gewehre ordnungsgemäß durch einen Großkaufmann im Arsenal zum Preise von 140 Kronen das Stück gekauft wurden, um im Kompensationsverkehr gegen Lebensmittel nach Polen geliefert zu werden. Trotz dem Protest der Eisenbahner und dem Einschreiten der Arbeiterräte bestätigte das Staatsamt für Heereswesen und der Vollzugsausschuß der Soldatenräte die Dringlichkeit des Abtransportes.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920021502/1